12. März 2026

BVR Research

Volkswirtschaft Kompakt

Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte, Konjunktur

Irankrieg könnte Trendwende bei Insolvenzen verzögern

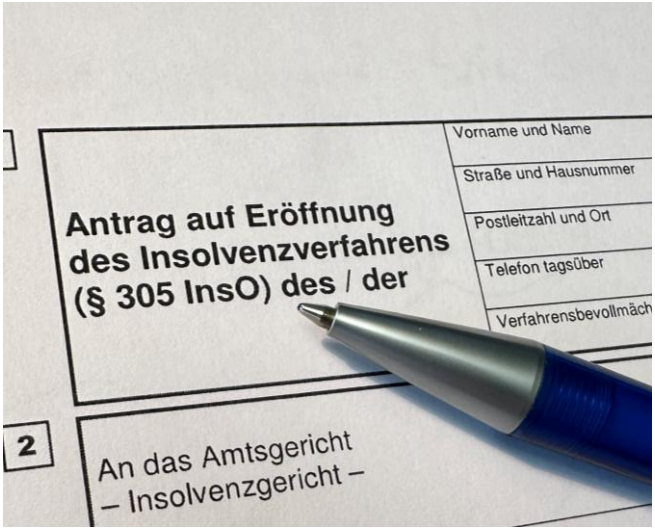
Executive Summary

Die Insolvenzentwicklung in Deutschland hängt vom weiteren Verlauf des Irankriegs ab. Im hier angenommenen Basisszenario eines Abflauens der Kriegshandlungen nach wenigen Wochen dürfte die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2026 leicht um 3,7 % auf 23.100 Fälle sinken, nachdem sie 2025 noch um 10 % gestiegen war. Für die Verbraucherinsolvenzen, die 2025 noch um knapp 9 % gestiegen waren, wird im Basisszenario für 2026 ein leichter Rückgang der Fallzahl um 1,0 % auf 76.500 prognostiziert.

Sollte der Irankrieg mit erhöhten Unsicherheiten und Energiepreisen jedoch länger andauern, würde die erwartete Entspannung des Insolvenzgeschehens schwächer ausfallen. Im Falle weiterer geopolitischer Eskalationen könnten die Insolvenzzahlen 2026 sogar nochmals ansteigen. Die Trendwende bei den Insolvenzen würde sich dann weiter verzögern.

Im Basisszenario der vorliegenden Insolvenzprognose wird für 2026 mit einem preisbereinigten Wirtschaftswachstum in Deutschland von 1,0 % gerechnet, befördert vor allem durch die staatlichen Mehrausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Dämpfend auf die Insolvenzzahlen wirken zudem die annahmegemäß anhaltenden Bestrebungen von Unternehmen und Privathaushalten zur Sicherung ihrer finanziellen Resilienz, was sich in hohen Eigenkapitalquoten und niedrigen Schulden-Einkommen-Verhältnissen niederschlägt.

In einem Exkurs wird das Insolvenzgeschehen der vergangenen Jahre auf der Ebene der Bundesländer analysiert. Die Entwicklung der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen verlief nach dem Auslaufen der Coronahilfen teilweise recht unterschiedlich. In einigen Bundesländern kam es entgegen der allgemeinen Entwicklung zu rückläufigen Fallzahlen. Dies lässt sich ansatzweise mit regionalen Unterschieden in den zur Insolvenzprognose genutzten Größen erklären: der Wirtschaftslage, den Eigenkapitalquoten und den Schulden-Einkommen-Verhältnissen.



Inhalt

Irankrieg könnte Trendwende bei Insolvenzen verzögern 2
Dr. Gerit Vogt

BVR Inflationsaussichten 8
Dr. Thomas Haas

BVR Konjunkturbarometer 9
Dr. Gerit Vogt

Irankrieg könnte Trendwende bei Insolvenzen verzögern

Die Insolvenzentwicklung in Deutschland hängt vom weiteren Verlauf des Irankriegs ab. Im hier angenommenen Basisszenario eines Abflauens der Kriegshandlungen nach wenigen Wochen dürften die Fallzahlen der Unternehmens- und der Verbraucherinsolvenzen im Jahr 2026 leicht zurückgehen.

In diesem Beitrag werden zunächst die Entwicklungen der Fallzahlen in den vergangenen Jahren dargestellt. Im Anschluss wird anhand einer Branchenanalyse etwas detaillierter auf das konjunkturelle Umfeld für die Unternehmensinsolvenzen eingegangen. Anschließend werden die aktuellen Prognosewerte und die zugrunde liegenden Annahmen vorgestellt. Danach wird auf die Aufwärts- und Abwärtsrisiken der Prognosen eingegangen. Abschließend erfolgt in einem Exkurs eine Analyse des Insolvenzgeschehens der vergangenen Jahre in den Bundesländern.

Fallzahlen in den letzten Jahren deutlich gestiegen

Seit 2021 sind die Unternehmensinsolvenzen Jahr für Jahr gestiegen (siehe Abb. 1a). Damals hatten die Firmenpleiten mit 13.993 Fällen einen Tiefstand markiert. Dies war auf die staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen, wie das zeitweise Aussetzen der Insolvenzantragspflicht, zurückzuführen. Ausgehend von diesem Stand legten sie 2022 nur moderat um 4,3 % auf 14.590 Fälle zu, auch weil die Konjunktur wegen der Erholung von der Coronakrise noch gut lief. So datiert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung den konjunkturellen Hochpunkt für das Sommerquartal 2022. Im Anschluss daran ging es mit der Konjunktur aber bergab, was von einem beschleunigten Anstieg der Insolvenzen begleitet war. So legten die Unternehmensinsolvenzen 2023 und 2024 mit zweistelligen Veränderungsraten von 22,1 % und 22,4 % zu.

Auch im Jahr 2025 dürften die Firmenpleiten zweistellig gestiegen sein. Auf Grundlage der bisher lediglich für die Monaten Januar bis November vorliegenden amtlichen Daten zu den beantragten Unternehmensinsolvenzen und den (letztmalig) für Dezember veröffentlichten amtlichen Schnellindikator zu den Regelinsolvenzen zeichnet sich für das gesamte Jahr 2025 ein Anstieg der Firmenpleiten um 10,0 % auf 24.000 Fälle ab. Die Zunahme würde damit schwächer ausfallen als der Anfang 2025 für das Jahr prognostizierte Zuwachs um 15,5 % (siehe „BVR Research Volkswirtschaft Kompakt“ vom Februar 2025). Trotz der starken Anstiege der Jahre 2022 bis 2025, die sich auf 71,5 % kumulieren, befindet sich die Unternehmensinsolvenzen weiterhin deutlich unter den Ständen früherer konjunktureller Schwächephasen. So lag die Zahl der Insolvenzen 2025 um gut ein Viertel unter dem Stand, den sie im globalen Rezessionsjahr 2009 mit 32.687 Fällen markiert hatte.

Die Verbraucherinsolvenzen erreichten 2022 mit 66.428 Fällen einen Tiefpunkt (siehe Abb. 1b). Zuvor waren sie 2021 im Zuge einer Änderung des Insolvenzrechts (schrittweise Verkürzung der Restschuldbefreiungsverfahren von sechs auf drei Jahre) sehr kräftig angestiegen. Ausgehend von diesem Tiefstand kletterten sie 2023 leicht um 0,7 % auf 66.887 Fälle. Vor dem Hintergrund des schwierigen Konjunkturumfelds mit hohen Lebenshaltungskosten und zunehmender Arbeitslosigkeit stieg die Fallzahl 2024 dann um deutlichere 6,5 %. Auf Basis der bislang vorliegenden Monatsdaten für Januar bis November ist für 2025 mit einem weiteren Anstieg der Verbraucherpleiten um 8,6 % auf 77.300 Fälle zu rechnen. Der Zuwachs würde damit etwas höher ausfallen als der Anfang 2025 für das Jahr prognostizierte Anstieg um

Abb. 1a: Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen
Fallzahl in 1.000 beantragte Insolvenzen

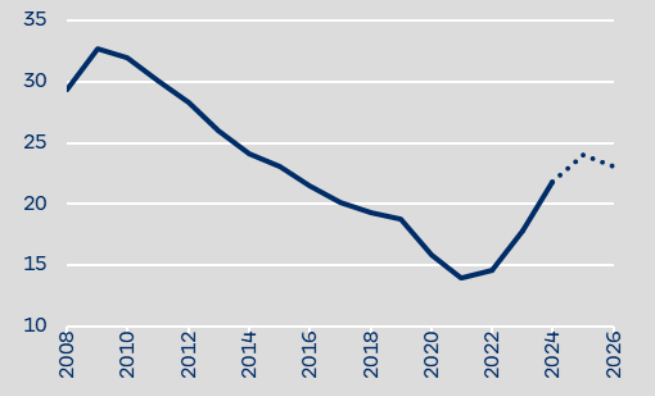
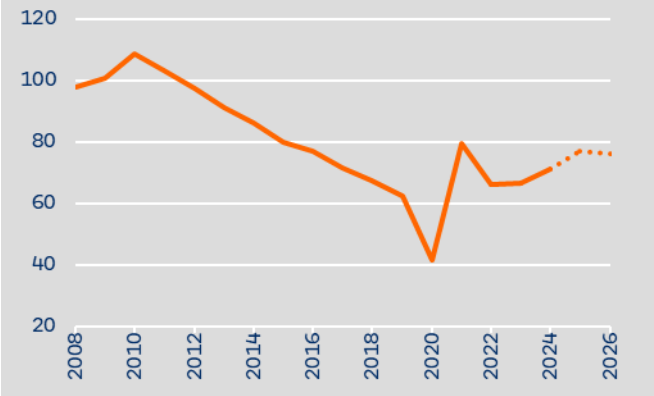


Abb. 1b: Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen
Fallzahl in 1.000 beantragte Insolvenzen



Quelle: Destatis, 2025 und 2026 Prognose des BVR

6,4 % (siehe „BVR Research Volkswirtschaft Kompakt“ vom Februar 2025). Über den Gesamtzeitraum von 2023 bis 2025 zeichnet sich ein Anstieg um 16,4 % ab. Damit liegt die Fallzahl aber immer noch knapp ein Viertel unter dem Stand, der sich während der massiven Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 mit 101.102 Fällen eingestellt hatte.

Besonders starker Anstieg bei Industrieunternehmen

In den vergangenen Jahren fiel der Anstieg der Unternehmensinsolvenzen in den einzelnen großen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich stark aus (siehe Abb. 2). Besonders deutlich legten die Fallzahlen im Zeitraum von 2021 bis 2025 in der Industrie zu, die hier als Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe abgegrenzt ist. In diesem Wirtschaftsbereich kumuliert sich die Zunahme der Insolvenzen auf deutliche 88,5 %. Dies ist wenig überraschend, da sich in der Industrie die konjunkturellen und strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft der vergangenen Jahre wie unter einem Brennglas zeigen. Faktoren wie die global verhaltene Industriekonjunktur, die zunehmende Konkurrenz aus China für hierzulande produzierte Industriegüter, die enormen inländischen Bürokratielasten, die im internationalen Vergleich überdurchschnittlichen Strom- und Gaspreise sowie die hohen geo- und wirtschaftspolitischen Unsicherheiten ließen die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs in den letzten drei Jahren kontinuierlich sinken und die Insolvenzen überdurchschnittlich steigen.

Obwohl sich die Insolvenzzahl in der Industrie in den vergangenen Jahren um fast 90 % erhöht hat, trägt dieser Wirtschaftsbereich mit gut 2.000 Fällen im Jahr 2025 aber noch immer mit weniger als einem Zehntel zur Gesamtzahl der Unternehmensinsolvenzen bei (knapp 9 %). Traditionell kommt dem Baugewerbe, dem Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe sowie dem Bereich der wirtschaftsnahen Dienstleistungen eine höhere Bedeutung im Insolvenzgeschehen zu. Deren Anteile an der Gesamtfallzahl schwankten in den vergangenen Jahren stets um die Marken von 17 % (Baugewerbe), 32 % (Handel, Verkehr und Gastgewerbe) und 31 % (wirtschaftsnahe Dienstleistungen).

Angesichts der großen strukturellen und konjunkturellen Probleme der Industrie legten die Fallzahlen auch bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungen überdurchschnittlich stark zu. Hier kam es von 2021 bis 2025 zu einem Gesamtanstieg um 86,4 %.

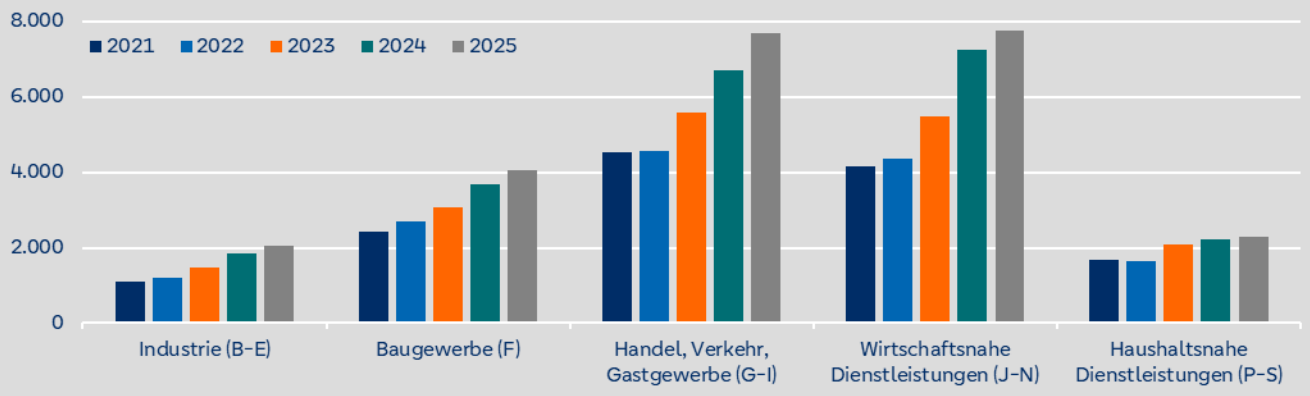
Im Baugewerbe und im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe stiegen die Firmenpleiten hingegen mit Veränderungsraten von 67,3 % beziehungsweise 70,5 % nahezu im Gleichschritt zur Gesamtentwicklung. Im Baugewerbe haben Faktoren wie die kräftig gestiegenen Baukosten, der allgemeine Fachkräftemangel und höhere Zinsen dafür gesorgt, dass die preisbereinigte Bruttowertschöpfung seit 2001 Jahr für Jahr zurückgegangen ist. Wichtige Branchen des Bereichs Handel, Verkehr und Gastgewerbe wurde ebenfalls durch die Flaute in Industrie und Bau gedämpft.

Eine unterdurchschnittliche Entwicklung war dagegen bei den haushaltsnahen Dienstleistungen zu verzeichnen. In diesem Bereich legten die Insolvenzen seit 2021 lediglich um 36,8 % zu. Hier dürfte unter anderem die durch den voranschreitenden demografischen Wandel bedingte Zunahme der Gesundheitsausgaben stabilisierend gewirkt haben. Auch im Bereich Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Fischerei), dessen Insolvenzzahlen hier aus Platzgründen und wegen der vergleichsweise geringen Fallzahl nicht dargestellt sind, stiegen die Insolvenzen mit +9,2 % seit 2021 unterdurchschnittlich an. Im Agrarsektor kam es 2025 zu rund 100 Insolvenzen, was weniger als 1 % der Gesamtfallzahl entsprach.

Fallzahlen sinken 2026 im Basisszenario

Die bereits hohen wirtschaftlichen Unsicherheiten haben sich seit Ende Februar angesichts der Luftangriffe der USA und Israels auf den Iran nochmals erhöht. Im Zuge der Angriffe und iransicher Gegenschläge ist der

Abb. 2: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen
Fallzahlen (insgeamt)



Quelle: Destatis, 2025 Schätzung des BVR

Schiffsverkehr auf einer der wichtigsten globalen Handelsrouten, der Straße von Hormus, nahezu zum Erliegen gekommen. Über diese Straße werden unter anderem rund 20 % des weltweiten Ölangebots transportiert. Vor diesem Hintergrund sind die Öl- und Gaspreise zuletzt merklich gestiegen und die Sorgen um die globalen Lieferketten haben zugenommen. Diese Faktoren lasten auf der Konjunktur, die aber dennoch weiter merkliche Zeichen für eine Überwindung der hartnäckigen Wirtschaftsflaute zeigt.

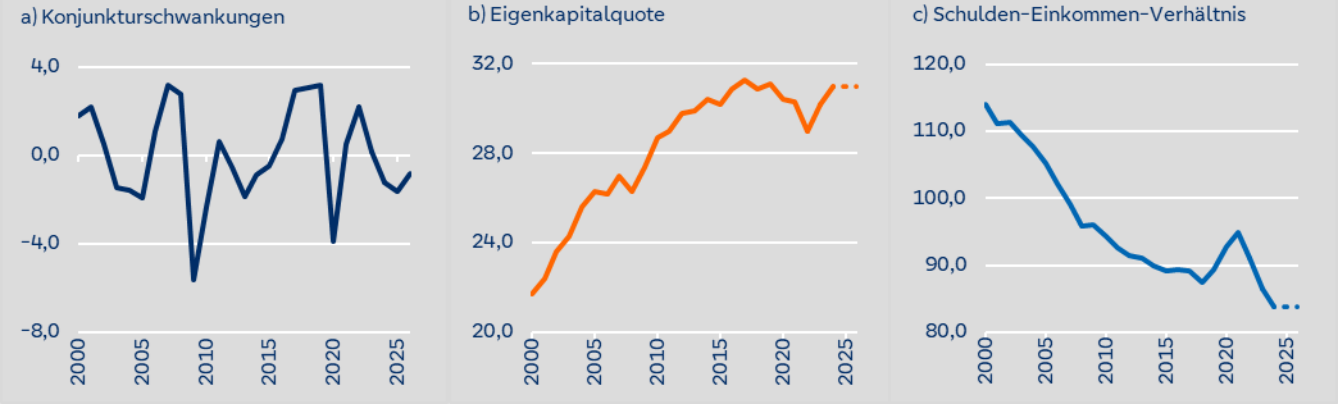
So ist der ifo Geschäftsklimaindex im Februar gegenüber dem Vormonat um 1,0 auf 88,6 Punkte gestiegen, nachdem er im Januar noch stagniert hatte. Das preis-, kalender- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im 4. Quartal gegenüber dem Vorquartal nicht weiter zurückgegangen, sondern um 0,3 % gestiegen. Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe sank zuletzt, im Januar, zwar merklich. Zuvor war er aber vier Monaten in Folge deutlich gestiegen, was nicht zuletzt auf verteidigungswirtschaftliche Beschaffungen des Staats zurückzuführen ist. Im Bauhauptgewerbe tendiert der Auftragseingang bereits seit Juli unter starken Schwankungen aufwärts. Die Baugenehmigungen für Wohngebäude stiegen 2025 um 10,8 %, nachdem sie im Vorjahr auf den niedrigsten Stand seit 2010 gesunken waren.

Vor diesem Hintergrund dürften die Industrie und das Baugewerbe mehr und mehr Tritt fassen. Die von der Bundesregierung beschlossenen fiskalpolitischen Maßnahmen werden im weiteren Jahresverlauf verstärkt Wachstumsimpulse liefern. Vor allem aufgrund der staatlichen Mehrausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz dürfte das preisbereinigte BIP wieder auf einen Wachstumskurs einschwenken, trotz der neuerlichen Eskalation im Nahen Osten. In den Jahren 2023 und 2024 war die Wirtschaftsleistung noch um 0,9 % beziehungsweise 0,5 % zurückgegangen und im Jahr 2025 stagnierte sie mit einem minimalen Anstieg von 0,2 % im Wesentlichen. Aufgrund der anhaltenden Strukturprobleme und der weiterhin hohen wirtschaftlichen Unsicherheiten, nicht zuletzt über die weitere Entwicklung im Nahen Osten und die US-Handelspolitik, wird die sich abzeichnende Belebung aber voraussichtlich nur moderat ausfallen.

Das Basisszenario der vorliegenden Insolvenzprognose beruht auf der Annahme, dass sich der Irankrieg über einen kurzen Zeitraum von wenigen Wochen erstrecken und die Straße von Hormus für Öl- und Gastransporte wieder nutzbar wird. In diesem Fall dürften die Anstiege der Rohöl- und Gaspreise bald wieder abflauen. Der BVR rechnet unter dieser Annahme für 2026 weiterhin mit einem BIP-Zuwachs von 1,0 %. Die gesamtwirtschaftliche Unterauslastung, gemessen an der Abweichung des BIP von seinem Trendwachstum, wird voraus-sichtlich von -1,6 % im Jahr 2025 auf -0,8 % sinken (siehe Abb. 3a). Auf Basis dieser Wachstumseinschätzung lassen die vom BVR verwendeten Prognosemodelle für das Jahr 2026 einen Rückgang der Unternehmensinsolvenzen um 3,7 % auf 23.100 Fälle erwarten. Für die Verbraucherinsolvenzen zeichnet sich eine Verminderung um 1,0 % auf 76.500 Fälle ab. In die Prognosemodelle, die im „BVR Research Volkswirtschaft Kompakt“ vom Februar 2024 detaillierter beschrieben werden, gehen neben der BIP-Abweichung vom Trendwachstum als Konjunkturmaß auch zwei Solvenzmaße ein: die Eigenkapitalquote und das Schulden-Einkommen-Verhältnis (siehe Abb. 3b und 3c). Im Rahmen der vorliegenden Insolvenzprognose wird angenommen, dass diese beiden Größen 2026 auf ihren zuletzt erreichten Ständen verharren werden: Bei der Eigenkapitalquoten, die hier als Relation der Eigenmittel zur Bilanzsumme der nichtfinanziellen Unternehmen in Deutschland definiert ist, also bei dem 2024 erreichten Wert von 31,0 %; beim Schulden-Einkommen-Verhältnis, bei dem hier die Gesamtschulden der privaten Haushalte in Relation zu ihrem verfügbaren Einkommen gesetzt werden, entspricht dies dem im Jahr 2024 erreichten Wert von 83,8 %.

Beide Solvenzmaße lagen zuletzt deutlich über (Eigenkapitalquote) beziehungsweise unter (Schulden-Einkommen-Verhältnis) ihren langjährigen Mittelwerten und üben damit in den Prognosemodellen eine dämpfende Wirkung auf das Insolvenzgeschehen aus. Sie deuten darauf hin, dass die Unternehmen und Privathaus-

Abb. 3: Wichtige Einflussgrößen des Insolvenzgeschehens
Angaben in Indexpunkten und Prozent



Quelle: Destatis, Deutsche Bundesbank, LSEG Workspace, Konjunkturschwankungen sowie Werte 2025 und 2026: Schätzungen des BVR

halte trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage weiterhin ihrer finanziellen Resilienz einen hohen Stellenwert einräumen.

Erhebliche Abwärtsrisiken

Das hier vorgestellte Basisszenario ist mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Es skizziert das Szenario, dem aus heutiger Sicht die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit zugewiesen ist. Denkbar sind aber auch andere Entwicklungen. Sollte beispielsweise der Irankrieg mit erhöhten Energiepreisen lange andauern, würde das preisbereinigte Wirtschaftswachstum in Deutschland niedriger und die Inflation höher ausfallen. Unter der Annahme eines Ölpreises von 100 US-Dollar pro Barrel bis Ende des Jahres 2026, wäre mit einem gegenüber dem Basisszenario um etwa 0,2 Prozentpunkten niedrigen Wachstum von 0,8 % zu rechnen. Sollte ein solches Szenario Realität werden, würde die erwartete Entspannung des Insolvenzgeschehens etwas schwächer ausfallen. Die Prognosemodelle signalisieren bei einem BIP-Zuwachs um 0,8 für 2026 einen Rückgang der Firmenpleiten um 2,2 % und einen Rückgang der Verbraucherpleiten um 0,8 %.

Möglich wäre auch das Eintreten anderer Szenarien. So könnte die erwartete Konjunkturbelebung gänzlich ausbleiben (Negativszenario), etwa wenn sich neue geopolitische Risiken manifestieren sollten oder wenn die US-Importzölle nochmals deutlich angehoben werden. In diesem Fall würde sich die prognostizierte Trendwende im Insolvenzgeschehen weiter verzögern. Denkbar ist aber auch, dass die Konjunkturbelebung stärker ausfällt als prognostiziert (Positivszenario), etwa wenn die geopolitischen Belastungen schneller abflauen oder die Fiskalimpulse zu mehr inländischen Konsum- und Investitionsausgaben führen als allgemein angenommen.

Einen Ansatz zur Abschätzung der Folgen des Eintretens der beiden Alternativszenarien für das Insolvenzgeschehen liefern die Konfidenzintervallgrenzen der Prognosemodelle. Mit dem einfachen Standardfehler der Modellschätzungen lässt sich ein Wertebereich angeben, in dem die tatsächliche Entwicklung mit einer Wahrscheinlichkeit von rund 60 % liegen wird. Bei den Unternehmensinsolvenzen wäre demnach 2026 ein weiterer Anstieg der Fallzahlen um bis zu 10 % auf rund 26.300 möglich (Negativszenario) oder aber ein stärkerer Rückgang um bis zu 17 % auf etwa 19.900 Fälle (Positivszenario). Bezüglich der Verbraucherinsolvenzen könnte die Fallzahl 2026 nochmals zunehmen, um bis zu 14 % auf rund 88.900 (Negativszenario) oder deutlicher zurückgehen, um bis zu 16 % auf etwa 64.300 (Positivszenario).

Exkurs zum Insolvenzgeschehen in den Bundesländern

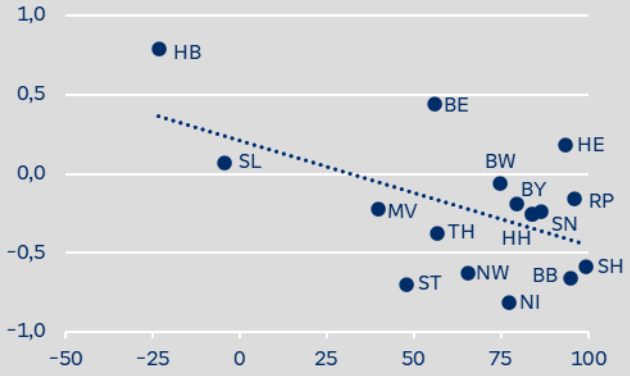
Abschließend wird die Entwicklung der Insolvenzen auf der Bundesländerebene analysiert. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich erneut über die Jahre nach den Tiefständen, die zu Beginn der 2020er Jahre mit den Corona-Hilfsmaßnahmen erreicht wurden. Zunächst werden für alle Bundesländer die prozentualen Änderungen der Fallzahlen in den Zeiträumen 2021 bis 2025 (Unternehmensinsolvenzen) und 2022 bis 2025 (Verbraucherinsolvenzen) ermittelt. Anschließend werden diese Änderungen einigen Einflussfaktoren grafisch gegenübergestellt (siehe Abb. 4a bis 4d). Dabei handelt es sich um regionale Angaben der bereits zuvor für die bundesweite Insolvenzprognose verwendeten Größen.

In den beiden oberen Abbildungen sind auf den X-Achsen die Veränderungen der Unternehmensinsolvenzen seit dem Jahr 2001 dargestellt. Einerseits werden diese Veränderungen mit den Unterschieden in den Wirtschaftslagen der Bundesländer verglichen (Abb. 4a). Diese werden wieder als BIP-Abweichungen von ihrem Trendwachstum gemessen. Andererseits erfolgt ein Vergleich mit den Unterschieden in den standardisierten Eigenkapitalquoten der Unternehmen in den Bundesländer, die als Abweichungen von ihren langjährigen Mittelwerten interpretiert werden können (Abb. 4b). Die zentralen Ergebnisse dieser Vergleiche sind hier zusammengefasst:

- Wie zu erwarten war, stehen die Veränderungen der Insolvenzzahlen und die Abweichungen in der Wirtschaftslage negativ zueinander in Beziehung. Der Korrelationskoeffizient liegt im mittleren Bereich bei -0,54 und deutet auf einen moderaten Zusammenhang der Größen hin. Eine bessere Wirtschaftslage geht allgemein mit einem geringeren Anstieg der Unternehmensinsolvenzen einher.
- Besonders deutlich legten die Firmenpleiten seit 2021 in Schleswig-Holstein zu (99,3 % gegenüber 71,5 % in Deutschland insgesamt). Dies lässt sich ansatzweise mit einer ausgeprägten Unterauslastung in diesem Bundesland erklären. Die BIP-Trendabweichung für Schleswig-Holstein im hier betrachteten Zeitraum der Jahre 2022 bis 2025 beträgt -0,6 % gegenüber -0,3 % bundesweit. Dies dürfte wiederum im Zusammenhang mit der schwachen Baukonjunktur und dem hohen Bauanteil an der Gesamtwertschöpfung im nördlichsten Bundesland stehen. Ähnliches gilt auch für Brandenburg, das unter allen Bundesländern den höchsten Bau-Wertschöpfungsanteil aufweist und dessen Insolvenzzahl im betrachteten Zeitraum um 95,1 % zunahm.
- Überdurchschnittlich starke Anstiege der Fallzahlen sind auch in den traditionell industriell geprägten westdeutschen Flächenländern Rheinland-Pfalz (96,3 %), Bayern (79,5 %), Niedersachsen (77,4 %) und Baden-Württemberg (74,8 %) zu verzeichnen. Offensichtlich waren diese Länder besonders von der allgemeinen Industrieflaute betroffen, was auch die für diese Länder durchgehend ermittelten Unterauslastungen signalisieren.

- Am anderen Ende der X-Achse stehen die Hansestadt Bremen mit -23,1 % und das Saarland mit -4,4 %. Hier sind die Insolvenzzahlen entgegen dem allgemeinen Trend gesunken, was zumindest teilweise durch die bessere Wirtschaftslage in diesen Regionen erklärt werden kann. Die beiden Bundesländer weisen im betrachteten Zeitraum eine Überauslastung von 0,8 % und 0,1 % auf. Dies ist offenbar auch auf die hohe Bedeutung des vergleichsweise krisenresistenten Wirtschaftsbereichs der haushaltsnahen Dienstleistungen in den beiden Ländern zurückzuführen.
- Ein weiterer Grund für die speziell in Bremen rückläufigen Insolvenzfälle ist in den dort offenbar besonders ausgeprägten Bestrebungen zur Erhöhung der Kapitalpuffer zu sehen. So liegen die standardisierten Eigenkapitalquoten der mittelständischen Firmenkunden von Volksbanken und Raiffeisenbanken im hier betrachteten Durchschnitt der Jahre 2022/23 um 1,45 Prozentpunkte im Plus. Für 2024 und 2025 liegen noch keine belastbaren Angaben vor. Damit ist das Plus so deutlich wie in keinem anderen Bundesland.
- Tendenziell sind die standardisierten Eigenkapitalquoten und die Insolvenzentwicklung wie erwartet negativ korreliert. Der Zusammenhang ist jedoch schwächer als der mit den Unterschieden in der Wirtschaftslage (Korrelationskoeffizient.: -0,22). Insgesamt können die Unterschiede in der Eigenkapitalausstattung und in der Wirtschaftslage mithilfe eines einfachen Regressionsmodells rund ein Drittel der Unterschiede bei den Unternehmensinsolvenzen zwischen den Bundesländern erklären.

Abb. 4a/4b: Veränderung d. Unternehmensinsolvenzen (2021-25)
Wirtschaftslagen (2022-25, Über- oder Unterauslastung in %)



Eigenkapitlaquoten (2022-23 gg. langjähriges Mittel, in PP)

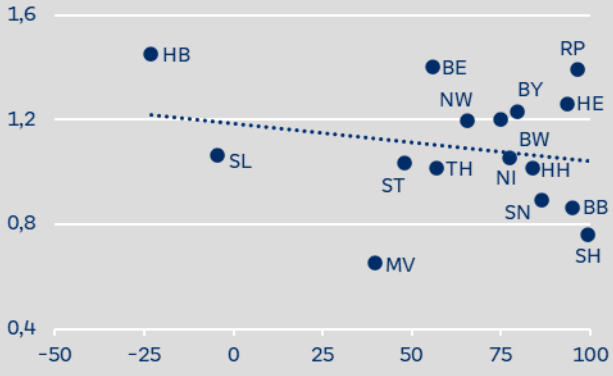
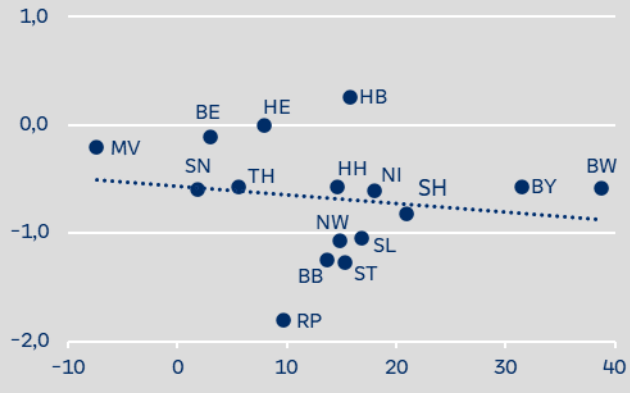
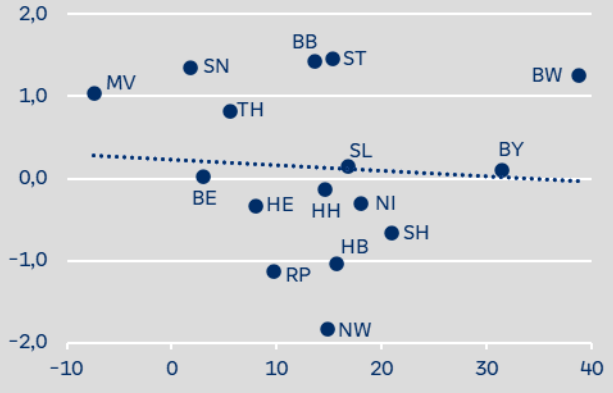


Abb. 4c/4d: Veränderung der Verbraucherinsolvenzen (2022-25)
Wirtschaftslagen (2023-25, Über- oder Unterauslastung in %)



Schulden-Einkommen-Verhältnisse (2022-23 gg. l. M., in PP)



Gezeigt werden auf den X-Achsen die Veränderungen der Insolvenzfälle in den Bundesländern (in Prozent) seit den letzten bundesweiten Tiefständen: Abb. 4a und 4b Veränderungen der Unternehmensinsolvenzen in den Jahren 2021 bis 2025, Abb. 4c und 4d Veränderungen der Verbraucherinsolvenzen in den Jahren 2022 bis 2025, wobei die Dezember-2025-Werte in Ermangelung amtlicher Werte vom BVR geschätzt werden. Die Fallzahl-Änderungen werden auf den Y-Achsen der Abb. 4a und 4c einem Maß für die einzelnen Wirtschaftslagen der Bundesländer in den korrespondierenden Zeiträumen 2022 bis 2025 (Unternehmensinsolvenzen) und 2023 bis 2025 (Verbraucherinsolvenzen) gegenübergestellt. Als Maß wird hier die durchschnittliche Abweichung der preisbereinigten Bundesländer-BIPs von ihren jeweiligen HP-Trends in den genannten Zeiträumen verwendet (in Prozentpunkten), wobei für das Jahr 2025 aus Mangel an Daten die amtlichen BIPs des 1. Halbjahres zum Einsatz kommen. In den Abb. 4b und 4d werden ergänzend die Werte von wichtigen Solvenzmaßen präsentiert: Die durchschnittlichen Eigenkapitalquoten der mittelständischen Firmenkunden von Volksbanken und Raiffeisenbanken (mit dem langjährigen Mittelwert der Jahr 2001 bis 2023 standardisierte Abweichungen in Prozentpunkten) und die Schulden-Einkommen-Verhältnisse (mit dem langjährigen Mittelwert der Jahre 2005 bis 2023 standardisierte Abweichungen in Prozentpunkten der Verhältnisse aus Krediten an inländische wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen sowie Organisationen ohne Erwerbszweck zu den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck). Bei den Solvenzmaßen werden jeweils die Durchschnitte der beiden zuletzt verfügbaren Jahre (2022 und 2023) verwendet, um den Einfluss möglicher Ausreißer in einzelnen Jahren zu vermindern.

Quelle: BVR, Destatis, AK VGR der Länder, Deutsche Bundesbank

Die beiden unteren Abbildungen beziehen sich auf die Verbraucherinsolvenzen. Auf den X-Achsen werden hier die Veränderungen der Fallzahlen seit dem Jahr 2022 präsentiert. Analog zu den Firmenpleiten werden diese Veränderungen einerseits den Unterschieden in den Wirtschaftslagen gegenübergestellt (Abb. 4c; die Wirtschaftslagen wurden hier leicht abweichend für die Jahre 2023 bis 2025 berechnet). Zum anderen erfolgt ein Vergleich mit den standardisierten Schulden-Einkommen-Verhältnissen (Abb. 4d). Hier die zentralen Ergebnisse dieser Gegenüberstellungen:

- Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen steigt in fast allen Bundesländern. Eine Ausnahme ist lediglich Mecklenburg-Vorpommern. Hier ist die Fallzahl seit 2002 um 7,4 % gesunken. Dies kann ansatzweise durch eine im Bundesvergleich weniger stark ausgeprägte Unterauslastung in den Jahren 2023 bis 2025 erklärt werden kann (BIP-Trendabweichung von -0,2 % gegenüber -0,7 % für Deutschland insgesamt)
- Allgemein geht eine bessere Wirtschaftslage, wie erwartet, mit einem geringeren Anstieg der Fallzahlen einher. Der Zusammenhang ist negativ, jedoch sehr schwach (Korrelationskoeffizient: -0,16).
- Auffällig ist die Entwicklung in den beiden südlichsten Flächenländern Baden-Württemberg und Bayern. Hier gibt es bei moderaten Unterauslastungen von jeweils 0,6 % die mit 38,7 % und 31,5 % höchsten Insolvenzanstiege unter allen Bundesländern.
- Eine Erklärung für die hohen Insolvenzanstiege in Baden-Württemberg und Bayern ist darin zu sehen, dass die standardisierten Schulden-Einkommen-Verhältnisse dort entgegen dem allgemeinen Trend zugenommen haben (um 1,3 beziehungsweise 0,1 Prozentpunkte gegenüber einem Rückgang von 0,1 Prozentpunkten im Bundesdurchschnitt). Grundsätzlich sind die Schulden-Einkommen-Verhältnisse und die Insolvenzdaten aber kaum korreliert (Korrelationskoeffizient: -0,08).
- Auch in den ostdeutschen Flächenländern Sachsen und Thüringen ist das standardisierte Schulden-Einkommen-Verhältnis merklich gestiegen (um 1,3 und 0,8 Prozentpunkte). Dies steht jedoch in einem gewissen Widerspruch zur nur moderat steigenden Insolvenzzahl (um 1,8 % beziehungsweise 5,6 %). Ähnliches gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern, wo das Verhältnis um 1,0 Prozentpunkte stieg und die Insolvenzzahl – wie bereits erwähnt – um 7,4 % sank.
- Werden die drei zuletzt genannten Bundesländer außer Acht gelassen, steigt das Bestimmtheitsmaß eines einfachen Regressionsmodells mit den Wirtschaftslagen und den Schulden-Einkommen-Verhältnissen leicht von einem sehr niedrigen Wert von 3 auf einen niedrigen Wert von 10. Somit kann nur ein geringer Teil der Unterschiede zwischen den Bundesländern bei den Verbraucherinsolvenzen durch diese beiden Größen erklärt werden. Ein Grund hierfür ist darin zu sehen, dass die zur Berechnung der Schulden-Einkommen-Verhältnisse verwendeten Kredite in den bankstatistischen Regionalergebnissen der Deutschen Bundesbank nach dem Sitz der meldenden Bank/Filiale und nicht zwingend nach dem Sitz des Kreditnehmers zugeordnet werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die zur Insolvenzprognose verwendeten Größen auch auf der Ebene der Bundesländer einen gewissen Erklärungsgehalte für das Insolvenzgeschehen aufweisen können.

BVR Inflationsaussichten

Inflationsaussichten leicht zurückgegangen

Die Bodenbildung der BVR-Inflationsaussichten setzt sich weiter fort. Mit 40 Punkten sinkt der Indikator zuletzt um einen weiteren Punkt. Die Inflationsaussichten bleiben weiterhin unter der neutralen 50-Punkte-Marke.

Die Inflation im Euroraum lag zuletzt unterhalb des mittelfristigen Inflationsziels von 2 %. Die Angriffe Israels und der USA auf den Iran sowie der dadurch ausgelöste Irankrieg sorgten für deutliche Anstiege der Öl- und Gaspreise. Der Transport durch die wichtige Straße von Hormus ist gegenwärtig eingeschränkt, Angriffe auf die Ölinfrastruktur in der Region könnten zu Produktionsschwierigkeiten führen. Insbesondere wenn die Preisanstiege über einen längeren Zeitraum anhalten, wirkt sich dieser Angebotsschock auf die Inflation im Euroraum aus und sorgt für höhere Inflationsraten. Erste Marktreaktionen mit leicht steigenden Anleiherenditen, besonders am kürzeren Laufzeitende, deuten an, dass eine solche Entwicklung an den Märkten gesehen wird. Die EZB dürfte jedoch zunächst zurückhaltend und abwartend reagieren.

Konjunkturkomponente rückläufig

Mit 37 Punkten sinkt die Konjunkturkomponente erneut weiter ab. Sie bleibt die schwächste Teilkomponente.

Die Industrieproduktion im Euroraum hat sich zum Jahresende etwas aufgehellt. Der Orderindikator deutet zuletzt auf eine leichte Verbesserung hin. Die Kapazitätsauslastung bewegt sich weiterhin seitwärts. Beim Geschäftsklima lässt sich zuletzt ebenfalls eine Verbesserung beobachten. Die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum dürfte im neuen Jahr etwa auf dem Niveau des Vorjahres bleiben. Zwar dürften steigende Konsumausgaben unterstützend wirken, jedoch stellen die US-Zölle und der stärkere Wettbewerb mit China ein Gegengewicht dar. Die Auswirkungen des Irankriegs hängen stark von der Dauer des Krieges ab.

Preiskomponente unverändert

Im Bereich Preise/Kosten liegt der Indikator bei 43 Punkten, unverändert zum Vormonat.

Die Lohnstückkosten haben sich zuletzt stabilisiert, während die Energiepreise bis zu den sich abzeichnenden Angriffen auf den Iran rückläufig waren. Der effektive Wechselkurs des Euro bewegt sich auf dem Niveau seiner Höchststände und wirkt sowohl preisdämpfend als auch exportdämpfend.

Kreditdynamik bleibt verhalten

Die Kreditdynamik steigt mit 44 Punkten leicht. Auch dieser Teilindikator liegt weiterhin deutlich unter der neutralen Marke von 50 Punkten, erreicht jedoch den höchsten Wert unter den Teilindikatoren.

Mit 3,3 % erholt sich das Kreditwachstum im Privatsektor des Euroraums langsam, aber stetig. Die Finanzierungsbedingungen sind durch die Zinssenkungen der vergangenen Monate günstiger geworden. Die erhöhte geopolitische Unsicherheit wirkt jedoch dämpfend auf die Kreditdynamik. Bei den Unternehmenskrediten hat sich das Wachstum zuletzt leicht verlangsamt.

BVR Inflationsaussichten
in Prozent, Euroraum

	Jan. 26	Feb. 26	Mrz. 26
BVR Inflationsaussichten	43	41	40
Konjunktur (50 %)	42	39	37
Preise/Kosten (40 %)	44	43	43
Kreditdynamik (10 %)	43	43	44

Die BVR Inflationsaussichten sind ein Indikator für die mittelfristige Inflationsentwicklung im Euroraum mit Werten zwischen null und 100. Der Indikatorwert von 50 ist mit dem Erreichen des impliziten Inflationsziels der EZB von 2 % verbunden. Geringere (höhere) Werte signalisieren eine geringere (höhere) mittelfristige Inflationstendenz. Die Konjunkturkomponente enthält die Industrieproduktion, den Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe, das Wirtschaftsklima und die Kapazitätsauslastung im Euroraum. Die Komponente für Preise/Kosten beinhaltet den HWWI-Energiepreisindex, die Lohnstückkosten und den handelsgewichteten Euro-Wechselkurs. Die Kreditdynamik wird anhand der Jahreswachstumsrate der Kredite an Unternehmen und Privathaushalte gemessen.

Quelle: BVR, LSEG Workspace

BVR Konjunkturbarometer

Barometer steigt auf 64 Punkte

Wie bereits auf den ersten Seiten dieser Ausgabe des „BVR Research Volkswirtschaft Kompakt“ erläutert, verdichten sich derzeit die Zeichen für eine moderate Konjunkturbelebung in Deutschland. Trotz der hohen Unsicherheiten, insbesondere über den Fortgang und die Folgen des neuen Krieges im Nahen Osten, deuten wichtige Indikatoren auf eine allmähliche Überwindung der hartnäckigen Wirtschaftsflaute hin. Sollte der Konflikt zwischen den USA/Israel und dem Iran nicht weiter eskalieren, sondern bald abflauen, dürften seine Folgen für die deutsche Konjunktur begrenzt bleiben.

In den Reigen positiv stimmender Indikatoren zur deutschen Wirtschaft fügt sich auch das BVR Konjunkturbarometer ein. Nach aktuellem Datenstand wird es von 55 Punkten im Februar auf 64 Punkte im März steigen. Die Entwicklung und das Niveau des Barometers lassen für das zu Ende gehende 1. Quartal 2026 eine Fortsetzung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums erwarten. Das preis-, kalender- und saisonbereinigte BIP war bereits im 4. Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,3 % gestiegen, nachdem es im Sommerhalbjahr 2025 noch zurückgegangen war.

Geschäftsklima hellt sich auf

Vor den amerikanisch-israelischen Luftangriffen auf den Iran hat sich die Stimmung in den Unternehmen der deutschen Wirtschaft etwas verbessert. Der ifo Geschäftsklimaindex legte im Februar um 1,0 auf 88,6 Punkte zu, nachdem er im Januar noch auf niedrigem Niveau stagniert hatte. Die befragen Unternehmen waren mit ihren laufenden Geschäften etwas zufriedener als zuvor und auch ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate hellten sich auf. Maßgebeblich für die die Stimmungsaufhellung dürfte die langsam greifenden staatlichen Fiskalimpulse sein. Beflügelt durch deren erwarteten Effekte waren die ZEW-Konjunkturerwartungen im Januar auf hohe 58,3 Punkte gestiegen und verharrten im Februar nahezu auf diesem Stand. Das Verbrauchervertrauen hat sich jüngst aber etwas verschlechtert. Es befindet sich jedoch wie das ifo Geschäftsklima und wie die ZEW-Konjunkturerwartungen weiterhin über seinem Vorjahresmonatswert, sodass von den Stimmungsindikatoren noch immer eine merkliche Steigerungswirkung auf das BVR Konjunkturbarometer ausgeht.

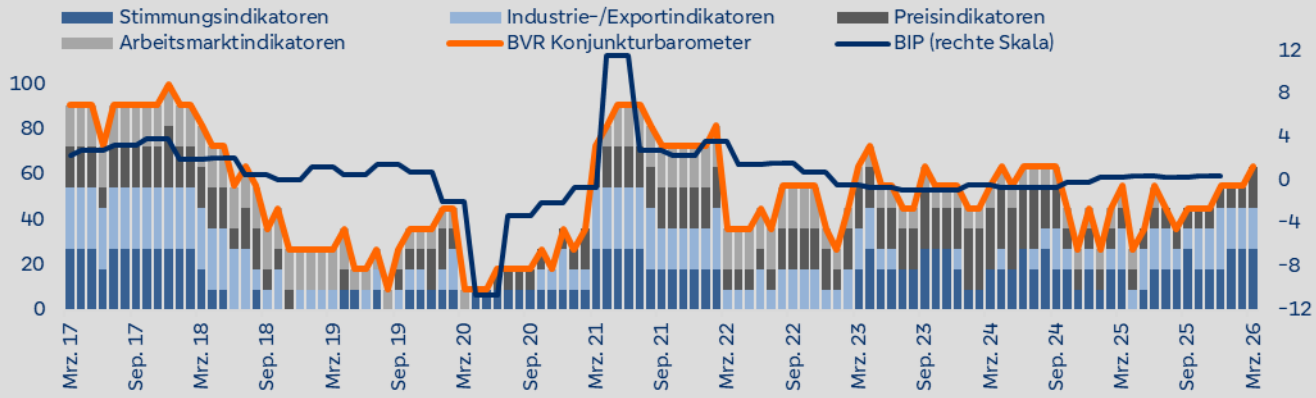
Gefestigte Industrie-Exportindikatoren

Von den Industrie-/Exportindikatoren geht ebenfalls eine steigernde Wirkung auf das Barometer aus. Zwar sind im Januar die industrielle Produktion und die Neuaufträge sowie die Warenausfuhren gegenüber Dezember gesunken. Zuvor war es hier jedoch zu merklichen Anstiegen gekommen, sodass die genannten Indikatoren weiter über ihren Vorjahresmonatswerten liegen.

Nahostkonflikt treibt Ölpreis nach oben

Grund für den Anstieg des BVR Konjunkturbarometers im März war seinen Preiskomponente. Der Brent-Ölpreis legte jüngst zeitweise auf über 100 US-Dollar zu, was hier allerdings nicht Zeichen einer besseren Weltkonjunktur, sondern Ausdruck der gestiegen Unsicherheiten über die Ölversorgung aus dem Nahen Osten ist. Durch den Anstieg befanden sich zuletzt der DAX und der Ölpreis über ihren Vorjahreswerten.

BVR Konjunkturbarometer
in Prozent, Veränderung des preis-, kalender- und saisonbereinigten BIP zum Vorjahr



Das BVR Konjunkturbarometer ist ein Indikator für die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands und kann Werte zwischen null und 100 annehmen. Es verdichtet die Signale von 3 Stimmungsindikatoren (ifo Geschäftsklima, ZEW-Konjunkturerwartungen, Verbrauchervertrauen), 3 Industrie-/Exportindikatoren (Industrie-Auftragseingang, Industrieproduktion, Ausfuhren), 3 Preisindikatoren (DAX, Geldmarktzins, Rohölpreis) und 2 Arbeitsmarktindikatoren (Erwerbstätige, Offene Stellen). Als Diffusionsindex misst das BVR Konjunkturbarometer den prozentualen Anteil der Indikatoren an allen 11 einbezogenen Indikatoren, die gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen sind. Liegen für einen Indikator aktuell noch keine Werte vor, wird das Signal des Vormonats verwendet.
Quelle: BVR, LSEG Workspace

bvr.de

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Schellingstr. 4
10785 Berlin

Ansprechpartner
Dr. Andreas Bley

Abteilung Volkswirtschaft/Mittelstandspolitik
Telefon: (030) 2021-1500

E-Mail: volkswirtschaft@bvr.de
Internet: www.bvr.de

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken